

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Anwärter vierteljährlich 3,60, monatlich 1,20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepostete Beilage ohne deren Raum 60 Pfg. Anzeigen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg. einseitige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 7 Uhr mittags, früherer in der Expedition abgegeben werden.

Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 36.

Mittwoch, den 12. Februar 1919.

26. Jahrgang.

## Des deutschen Volksstaates Arbeiterpräsident.

Fast 300 von den 421 Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung in Weimar haben gestern den Volksbeauftragten Ebert, den alten Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei, zum ersten Präsidenten der deutschen Republik gewählt. Das Votum der Unabhängigen von denen eine kleine Schreckkolonne um Braß-Nemtschew-Koenen und Merges grundsätzlich die Verhandlungen für und die Demonstrationen der Reaktionsäre bedeuten nichts gegenüber dem gewaltigen Blod, auf dem Eberts Präsidentschaft beruht.

Eberts Wahl ist auch ein Sieg der Person. Dieser ehrliche, zuverlässige Mann, an dessen Ehrlichkeit und treuem Willen kein ehrlicher Mensch zweifeln kann, hat seinen Sinnen ernsthaft zweifelt, genießt eines gewissen Ruhms, das um so mehr wert ist, als die Zweideutigkeit und Hinterlistigkeit des alten Regimes es wegen konnte, zu haben was es war und Deutschland in aller Welt verdächtig gemacht hat.

Wir Sozialdemokraten lieben keinen Personenkult und keine Inzucht. Wir können deshalb auch heute ja, er das Ebert kein Genie ist, nicht blindet nicht Kraft, aber er ist tüchtig, einsichtig, begabt und unbedingt zuverlässig, ein Mann recht nach der Art des deutschen Volkes, und einen solchen brauchen wir jetzt an der Spitze des Reiches.

Eberts Wahl ist ein Sieg der Arbeiterklasse. Dieser Mann aus dem Volke der gelehrte Sattler aus Seibenberg, der von frühesten Jugend an in den Gewerkschaften des Sozialismus groß geworden ist, der seine proletarische und sozialistische Abkunft und Ueberzeugung auch heute als Präsident des Reiches niemals verleugnen zu wollen verkündet hat, ist ein Repräsentant der deutschen Arbeiterklasse. Seine Wahl drückt den Stempel der Gesetzmäßigkeit auf die Tatsache, daß seit dem 9. November die Arbeiterklasse keine Alleinherrschaft in Deutschland angetreten, wohl aber die Führung der deutschen Politik übernommen hat. „Kein Haupt wird über Deutschland leuchten, das nicht mit einem Tropfen demokratischen Oels gefüllt ist“, sagte Ludwig Uhland 1848 in der Paulskirche. Wir verzichten auf das leuchtende Haupt und die Delung. Aber wir können heute aus dem Nationaltheater in Weimar verkünden: Kein Mann wird künftig an der Spitze des deutschen Reiches stehen, der nicht vom Geist des proletarischen Sozialismus ganz durchdrungen ist. Die deutsche Arbeiterklasse ist die stärkste, die bestimmende Gewalt im Reich der deutschen Junge.

Eberts Wahl ist der Sieg der Sozialdemokratie. Wir können es der christlichen Volkspartei und den Demokraten, die heute geschlossen für den Reichspräsidenten Ebert gestimmt haben, nicht ersparen, zu sagen, daß sie durch diese Wahl ihrer eigenen Wahlagitation ins Gefäß gestochen haben. Wie lautete denn das Wahlgebet der christlichen Volkspartei, der Demokraten? Doch nicht anders als: die Sozialdemokratie hat sich als Regierungspartei unfähig erwiesen, ihre Schuld ist all die Verwirrung und Not, und dieser angeblich unfähigen Sozialdemokratie überträgt man heute die Präsidentschaft im Reich und im Reichsministerium. Kann man sich selbst stärker des Wahlbetruges zeihen als durch diese Tatsache?

Ebert hat in seiner Rede das Gebilde abgelegt, als erstes vom deutschen Volke selbst gewähltes Staatsoberhaupt die Freiheit zu schützen, die Verfassung frei zu bewahren und für das freie politische Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen außenpolitisch wie innenpolitisch und wirtschaftlich einzutreten. Nicht Bettlerfreiheit, sondern Kulturfreiheit, wahrhaft sozialistische Freiheit soll Deutschland erhalten, und seine Präsidentschaft soll dazu dienen.

Friedrich Ebert wurde am 4. Februar 1871 in Heidelberg als Sohn eines Schneidermeisters geboren, lernte nach dem Besuch der Volksschule in seiner Vaterstadt das Sattlerhandwerk und begann, nach Bremen übergesiedelt, seine öffentliche politische Tätigkeit im Dienst der Sozialdemokratie als Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“ im Jahre 1892. 1900 wurde er Arbeitersekretär in Bremen, dann Mitglied der Bremer Bürgerzeitung. Ende 1905 wurde er als Mitglied in den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt und übernahm den Vorsitz der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Dann wurde Ebert für den Wahlkreis Düsseldorf 2 (Elsfeld-Barmen) im Jahre 1912 als Kandidat zum Reichstag aufgestellt und siegte in der Stichwahl über seinen reichsparteilichen Gegenkandidaten Ling, der seit 1907 den Wahlkreis vertreten hatte.

in Deutschland und damit zum Frieden, zu Lebensmitteln und Rohstoffen kommen. Von diesem Gesichtswinkel aus muß die provisorische Verfassung des Deutschen Reiches, die Sonnabend und Montag der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen, betrachtet werden. Manches, was diese provisorische Verfassung enthält, fordert zum stärksten Widerspruch heraus. Wir denken hierbei neben der Fügung des Reichspräsidenten insbes. here an den geplanten Staatenausschuß, der nach unserer Auffassung aus der endgültigen Verfassung verschwinden muß. Bei den gewaltigen Widerständen, die der Beibehaltung des Staatenausschusses entgegenstehen, würde es mindestens nach Wochen anern bis hierüber eine Einigung erzielt wäre. Wir haben aber keine Zeit mehr zu verlieren. Es muß hier außerordentlich schnell gearbeitet werden. Deshalb müssen heute alle Kräfte, so herrscht sie auch, juristisch gestellt werden. Das kann um so leichter geschehen, als es hier ja nur um eine provisorische, eine für eine kurze Spanne Zeit gültige Verfassung handelt. Die endgültige Verfassung bedarf selbstverständlich einer eingehenden kommissarischen Vorberatung und einer umfangreichen Ausbreitung, an der sich auch die Öffentlichkeit beteiligen wird. Wir werden in nächster Zeit, sobald der Entwurf der endgültigen Verfassung der Nationalversammlung vorliegt, eingehend Stellung dazu nehmen. Von dem Ernst der Situation getragen, hatten alle Parteien ihre gewiß zum Teil berechtigten Bedenken gegen die Notverfassung zurückgestellt, mit Ausnahme der Unabhängigen, die eine ganze Reihe Minderheitsanträge gestellt hatten, deren eingehende Beratung die dringend notwendige schnelle Verabschiedung in Frage stellen mußte. Aus diesem Grunde, aber auch nur aus diesem, lehnte die Nationalversammlung die Anträge der Unabhängigen bis auf einen gegen deren Stimmen ab. Die provisorische Verfassung wurde mit einer kleinen Verbesserung in Bezug auf die Vertretung im Staatenhaus in zweiter und dritter Lesung in der vorliegenden Fassung angenommen. Damit ist die Notverfassung, die erste Grundlage zum Bau des neuen Deutschlands beschlossen.

### Nationalversammlung.

(Schlußbericht.)

Montag, den 10. Februar 1919.  
Abg. Hoch (Soz.): Wir hatten das für selbstverständlich und bitten die Regierung um Aufklärung.

Volksbeauftragter Landsberg: Nach Ansicht der Regierung gehören die Soldaten zu den Beamten. Die Souveränität der Nationalversammlung besteht darin, daß jeder ihrer Abgeordneten daran teilhaben kann, aber daß nur ordnungsgemäß und nicht nach Willkür auf die Befreiung der Abgeordneten ein Einfluß haben. Die Reichsregierung wird darauf hinwirken, daß jedem gewählten Soldaten ohne Unterschied die Beteiligung an der Nationalversammlung ermöglicht wird. Die zur Nationalversammlung gewählten Soldaten sind tatsächlich in den Stand gesetzt worden, ihr Mandat auszuüben. Deshalb erübrigt sich ein solcher Antrag.

Abg. Cohn (U. Soz.): Landsberg kann nicht für die künftige Regierung sprechen, und es ist auch fraglich, welche Kraft die Regierung gegenüber den militärischen Kommandostellen hat und welche haben wird. Die Erfahrungen mit dem alten Militarismus nötigen mich, Sie um Annahme des Antrages zu bitten.

Abg. Löbe (Soz.): In der Sache wollen wir alle das Gleiche. Da die Auslegung zweifelhaft ist, wollen wir für den Antrag stimmen.

Die Abg. von Bayer (D. Dem.) und Dr. Mayer-Kaufmann erklären das Gleiche. — Gegen den Antrag der Unabhängigen stimmen nur die Deutschnationalen. Im übrigen wird § 5 angenommen.

### Geheimverträge und Geheimdiplomatie.

§ 6 handelt vom Reichspräsidenten und bestimmt u. a., daß Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsangehörigkeit beziehen, der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses bedürfen, und fährt dann fort: „Sobald das Deutsche Reich einem Völkerbunde mit dem Ziele des Ausschusses aller Geheimverträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit dem im Völkerbunde vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.“

Abg. Haase (U. Soz.) begründet einen Antrag der Unabhängigen, den Abschluß von Geheimverträgen seitens des Deutschen Reiches schon jetzt, also unabhängig vom Bestande des Völkerbundes unmöglich zu machen.

Abg. Cohn (U. Soz.): Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsangehörigkeit beziehen, bedürfen nach § 6 der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses. Ich bitte statt „Zustimmung“ zu sagen: „Einwilligung“, weil es uns darauf ankommt, daß die Zustimmung vorher abgegeben wird.

Staatssekretär Dr. Preuß: Den sprachlichen Unterschied, den der Abg. Cohn zwischen „Zustimmung“ und „Einwilligung“ statuieren will, kann ich als feststehend nicht anerkennen, wenigstens nicht für die Gegenwart. Was die Anregung des Abg. Haase betrifft, so liegt es im Interesse des Deutschen Reiches, sich nicht von vornherein bezüglich der Öffentlichkeit der Ver-

handlungen und Verträge insoweit zu stellen, als alle übrigen Staaten. (Zurufe bei den U. Soz.: Ja!)

Abg. Haase (U. Soz.): Der Herr Staatssekretär will nicht auf den Abschluß von Geheimverträgen verzichten? Am dringlichsten ist unser Antrag. Es dürfen nicht wie vor 1914 noch heute hinter dem Rücken des deutschen Volkes Geheimverträge abgeschlossen werden.

Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau: Ich habe nicht die Absicht, Geheimverträge abzuschließen. Im übrigen steht es auf dem Boden der Ausführungen des Herrn Staatssekretär Dr. Preuß.

Abg. Haase (U. Soz.): Die Ausführungen verstoßen nur meine Ausführungen. Er hat Geheimverträge für überflüssig, da wir aber nicht wissen, wie lange er in sein Amt bleibt, und ob sein Nachfolger ebenso verständig darüber denken wird wie es zu hoffen wir dringend, unsern Antrag anzunehmen.

Die Anträge der Unabhängigen werden abgelehnt. § 6 wird unverändert nach dem Entwurf angenommen. § 7 bestimmt in seinem ersten Satz: Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Für die Wahl „einfach“ wird nach längerer Diskussion auf Antrag des Abgeordneten (Christ. Dem.) der Ausdruck „absolut“ angenommen. In der veränderten Fassung wird § 7 ebenfalls unverändert nach dem Entwurf die §§ 8 und 9 angenommen. Die §§ 10 wird jedoch auf Antrag von Bauer-Wilber und Gen. hinweggelassen. Die §§ 11 tritt mit seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Kraft. Von diesem Zeitpunkte an können Gesetze sowie Verordnungen, die nach dem bisherigen Reichsrecht der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages bedürfen, nur gemäß § 1 dieses Gesetzes zustande. — Auf Antrag Gotthein (Dem.) wird der am Schluß des Entwurfes in Parantese befindliche Zersplitter. Unterstrich des Reichspräsidenten unter Geheimverträgen des Reichsministers des Innern gestrichen, weil er der Souveränität der Nationalversammlung widerspricht und noch kein Reichspräsident vorhanden ist.

Präsident Dr. David konstatiert, daß die Abstimmung über den ersten Satz des § 4 nicht völlig einstimmig gewesen ist und stellt dem Hause anheim, sofort in die dritte Beratung einzutreten. Die Versammlung stimmt zu.

In der Spezialdebatte bemerkt zu § 5 Volksbeauftragter Landsberg: Um eine Legendenbildung zu verhüten, stelle ich fest: Durch die Ablehnung des unabhängigen Antrages auf Offenlegung aller Verträge soll keine Verbindlichkeit gegen die berechtigte Forderung der Abschaffung jeder Geheimdiplomatie zum Ausdruck kommen. (Widerjor. bei den Unabh. Soz.) Die Tage der geheimen Diplomatie müssen gezählt sein, aber wenn wir uns jetzt einseitig die Verpflichtung auferlegen, alle Verträge vor der Öffentlichkeit abzuschließen, so kann darauf der eine oder andere uns mitschuldig gezeichnete Staat die Folgerung ziehen, daß er nun seinerseits nicht nötig hat, die geheime Diplomatie abzuschaffen.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.): Wir können heute etwa anderes gar nicht akzeptieren als die Erklärung, die uns der Staatssekretär des Innern gegeben hat. (Widerjor. bei den Unabh. Soz.) Die Annahme des Antrages Haase würde untragbar machen, wenn eine fremde Regierung darauf beharrt, mit uns nur einen Vertrag abzuschließen, der geheim bleibt.

Abg. Haase (U. Soz.): Die Vorkämpfer der Geheimdiplomatie sind Herr Dr. Dernburg und Herr Landsberg. (Zurufe bei den U. Soz.: Wo steht denn das?)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Die Wirkung, die die Regierung und die Mehrheit dieses Hauses mit dem schleunigen Abschluß der Verfassungsentwürfe auf das Ausland erzielen wollte, ist durch diese Debatte vollständig vernichtet worden und zwar durch die Herren Dernburg und Landsberg. Der Hauptvorwurf gegen die deutsche Regierungsdiplomatie war der der Unzulänglichkeit und Doppelzüngigkeit. Dieser Vorwurf wird auch auf dem neuen Deutschland haften bleiben, wenn nicht durch Annahme unsere Antrages die Geheimdiplomatie unmöglich gemacht wird.

Volksbeauftragter Landsberg: Wir tun für die Abschaffung der Geheimdiplomatie mehr als die Antragssteller. (Zurufe bei den U. Soz.) Wir wollen sie überhaupt abschaffen, und Sie wollen sich darauf beschränken, die deutsche Geheimdiplomatie abzuschaffen.

Präsident Dr. David: Der Antrag aus der zweiten Lesung kann nur dann wieder aufgenommen werden, wenn er von 3 Mitgliedern unterstützt wird.

Zur Unterstützung erheben sich nur die 22 Unabhängigen.

Präsident Dr. David: Die Unterstützung reicht also nicht aus. (Abg. Kunert [U. Soz.]: Das ist unerhört! Et. Stand!)

Abg. Dr. Waldstein (Dem.): Wir freuen uns des Gebändnisses von Dr. Cohn zur Öffentlichkeit der Politik. Hoffentlich greift diese Öffentlichkeit auch im Verkehr unter den Fraktionen und Abgeordneten Platz, und hoffentlich vollziehen sich nunmehr auch die zukünftigen Aktionen einzelner Abgeordneter mit dem Auslande in voller Öffentlichkeit. (Sehr gut! — Zurufe: Auch wenn Dr. Cohn mit Rußland unterhandelt!) Wir alle sind gegen die Geheimdiplomatie, aber z. B. Verträge, die nur die Verwaltung betreffen und beispielsweise den Austausch von Waren betreffen, werden schon aus rein geschäftlichen Gründen nicht absolut öffentlich sein können. (Beifall.)

Abg. Dr. Dernburg (Dem.): Mit dem Inkrafttreten des Völkerbundes fallen Geheimverträge von selbst fort, heute geht das aber noch nicht. Durch die Anfechtung unseres Bundes seitens der Unabhängigen, als ob wir einer faulen Gebet-

### Nicht Worte, sondern Taten

ermartet das deutsche Volk von der Nationalversammlung. Es erwartet, daß zunächst einmal die Grundlage geschaffen wird, auf der wir zu geordneten Zuständen





## Sehr preiswertes Angebot in Papierwaren

**Briefmappe Lindau** 2<sup>65</sup>  
25 Bogen, 25 Umschläge m. Seidenfutter

**Pebars-Mappe** 1<sup>95</sup>  
extra feines Leinenpapier

**Notizblocks** 18<sup>25</sup>  
verschied. Grössen u. Ausführungen 35 25

**Kinderbriefblock** 1<sup>95</sup>

**Geschäftskladde** 1<sup>10</sup>  
48 Blatt, Schmalfolio in Wachstuch geb.

**Kurzbriefe** 70<sup>75</sup>  
25 Stück 1,00 75

**Kreppservietten** 1<sup>95</sup>  
gemustert, 100 Stück

**Billetpost** 75 Pfg.  
25 Bogen, 25 Umschläge

**Deutsches Briefpapier** 3<sup>25</sup>  
25 Bogen, 25 Umschläge m. Seidenfutter

**Briefordner mit Hebel** 2<sup>65</sup>  
Greifloch und Metallkanten mit Register

**Quartbriefblock** 3<sup>25</sup>  
Eulenpost 4,20 3,85

**Oktavbriefblock** 1<sup>85</sup>  
2,75

**Deutsche Reichs-Schreib-  
tinte** 3<sup>95</sup>  
Liter

**Ein Posten Feldpostkartons** 15  
verschiedene Grössen Stück

**Kreppischtücher** 2<sup>95</sup>  
5 Meter

**Quart-Briefblock** 2<sup>50</sup>  
100 Blatt liniert

Ein Posten **Kassetten-Briefpapier** besonders preiswert.

**Schrankpapier** 10 Meter 80 Pfg.  
**Kaffee-Filterpapier** Karton 15

**Butterbrotpapier** 40 Pfg.  
Rolle: 60 Pfg.

**Toilette-Papier** 38 Pfg.  
70 Pfg. 60 Pfg.

**Krepp-Papier** 15 Pfg.  
Rolle:

**Bleistifte** 35 Pfg.  
Dtzd. 60 Pfg. 50 Pfg.

★ **Geschäftskverts** 2<sup>20</sup> 100 Stück ★

*Rudolph*  
**Starstadt**  
*Lübeck*

### Deutsch. Holzarbeiterverbd.

Zahlstelle Lübeck.

#### Achtung, Kollegen!

Lauf Befehl, der am 11. Februar stattgefundenen farbigen Verbandsversammlung wird hiermit bekannt gemacht, daß ab 13. Februar kein Kollege mehr außerhalb der Werkstatt tätig sein darf, solange nicht die Arbeitgeber, die nach § 20 des Tarifvertrages und § 5 des Nachtrages vom 15. November 1916 vereinbarten Lohnzuschläge von 4 resp. 10 Pfg. pro Stunde, die seit 28. November gesperrt wurden, nachbezahlt haben, da der Tarifvertrag noch heute zu Recht besteht.

Die Ortsverwaltung.

### Anmeldungen auf Gemüse-Konserven

werden entgegengenommen. (9131)  
**Fritz Kruse, Schlüsselboden 32**

### Konsumverein für Lübeck u. Umgegend e. G. m. b. H.

#### Erklärung.

Da die Bekanntmachung des Landesversorgungsamtes vom 7. ds. Mts. dies nicht deutlich bezeichnet, so erklären wir hiermit, daß Anmeldungen für die Ausgabe von

### Gemüse-Konserven

von unseren Mitgliedern auch in unseren sämtlichen Warenabgabestellen erfolgen können.

Der Vorstand.

#### Kastenblockwagen

besonders stark, billig. (9117)  
Beckergrube 5 II.

Ich mache meinen geehrten Kunden die Mitteilung, daß ich mein Geschäft wieder eröffnet habe.

Schachtelweg (9149)  
**H. Gröning jun.,  
Klempner, Stedelsdorf.**

#### Achtung! Photographie!

Wollen Sie wirklich gute Photographien, Postkarten und Vergrößerungen haben, so wenden Sie sich an das neu eröffnete

**ATELIER „IDEAL“**  
39 Breitenstrasse 39.  
12 Postkarten von 5,00 Mk. an.  
**Glascheiben** aller Art off.  
C. Tauschig, Glashandlg.  
Fischmarkt 25. Fernr. 2808

## HOLSTENHAUS

G.m.b.H. Holstenstraße LÜBECK

### Preiswerte

## Herrn- u. Knaben-Bekleidung

**Herrn-Ulster** 154<sup>00</sup> 115<sup>00</sup>  
aus schweren und halbschweren Diagonalstoffen in Ia. Verarbeitung 195<sup>00</sup>

**Beinkleider** 47<sup>00</sup> 39<sup>00</sup>  
adellos sitzender Schnitt, aus bewährten kleingemusterten Stoffen 49<sup>50</sup>

**Arbeits-Hosen** 13<sup>75</sup> 9<sup>50</sup>  
für Schlosser und Maschinisten aus Köper und Halbköpern 16<sup>50</sup>

**Arbeits-Jacken** 13<sup>75</sup> 9<sup>50</sup>  
für Schlosser und Maschinisten, aus Köper und Halbköpern 16<sup>50</sup>

### Bezugsscheinfrei = Waschbar

**Arbeits-Jacken** 19<sup>75</sup> 18<sup>50</sup>  
hoch geschlossen, in guter Verarbeitung 22<sup>50</sup>

**Männer-Arbeitswesten** 11<sup>75</sup>  
**Männer-Arbeits-hosen** 19<sup>75</sup>

**Knaben-Anzüge** 24<sup>50</sup> 22<sup>50</sup>  
hoch geschlossen, für da. Alter von 8-14 Jahren 26<sup>50</sup>

**Knaben-Jacken** für 10-14 Jahre 15<sup>75</sup>

### Knaben-Leibchen-Hosen

aus blauem u. farbigem Cheviot, Kammgarn und Molton

14<sup>00</sup> 11<sup>50</sup> 8<sup>00</sup> 6<sup>75</sup>



Pflegen Sie Ihr Schuhzeug um es dauerhaft zu machen.

Verwenden Sie nur Dr. Gentner's Schwachslederpolier

## Nigrin

der nur aus Oelen und Wachsen besteht und daher das Leder wasserdicht, weich und dauerhaft erhält. Nigrin färbt nicht, wie die verfeinsten Wassercreme, bei nasser Witterung ab, der Glanz bleibt auch bei Regenwetter erhalten.

Hersteller, auch des so beliebten Parfums und Quinoleumwaxes Robertus: Carl Gentner, Göttingen. (9120)

## Sonder-Angebot in billigen Schuhwaren

Am Donnerstag, dem 13. Februar kommen ca. 6500 Paar div. Schuhwaren zum Verkauf.

**Hausschuhe** Serie I Paar 2.95  
Gr. 21-47

**Schnallenschuhe** mit guter Filz- und Linoleumsohle

Serie II Paar 3.50  
Gr. 20-35

**Strassenstiefel** mit hohem Lederbesatz für Kinder, Frauen und Männer zum Ausschauen Paar 9.95

9185

## Johannes Holst

Markt 6. Kohlmarkt 6.

## Internationaler Sozialistenkongress.

Bern, 9. Februar.

In der Fortsetzung der Debatte über die territorialen Fragen gab Ramsay MacDonald (England) namens der britischen Delegation eine Erklärung ab zu den Fragen, die England betreffen. Er fasste die Fragen in drei Punkten zusammen: 1. Nationalitätenfragen (Irland, Ägypten); 2. Kolonien, die sich noch nicht selbst verwalten können; 3. Beilegung strategisch wichtiger Punkte durch England.

Die englische Arbeiterpartei habe stets für Homerus gekämpft. Das Streben nach Selbstverwaltung in Indien habe die englische Arbeiterpartei immer gefördert. Von Ägypten gelte dasselbe wie von Indien. In der Kolonialfrage stehe die englische Delegation auf demselben Standpunkt wie die internationalen Sozialistenkongresse vom Februar 1918, die sich dafür ausgesprochen habe, daß auf jeden Fall in allen Kolonien wirtschaftliche Gleichberechtigung zu gelten habe. Bei den für England strategisch wichtigen Punkten sprach Redner nur von Cypern, das ebenfalls Selbstverwaltung erhalten müsse, nachdem es sich überdies als nicht wertvoll für England erwiesen habe. Im übrigen hätte der Grundgedanke der allgemeinen Resolution der Konferenz über territoriale Fragen entsprechend Anwendung zu finden.

Rumyans (Belgien) stellt fest, daß zwischen Holland und Belgien keinerlei Konflikte beständen. Lediglich einige reaktionäre belgische Elemente verlangten Angliederung eines Teiles von holländisch-Zeeland und holländisch-Limburg an Belgien. Die belgischen Genossen im Ministerium hätten jedoch schon erklärt, daß sie aus dem Ministerium austreten würden, wenn diese Ansprüche durchgesetzt würden. Wenn Luxemburg sich an Belgien anschließen wolle, so sei es willkommen. Wollte es selbstständig bleiben, so werde es niemand hindern.

Grumbach (Elsass) erklärte sich als Anhänger der Volksabstimmung in Elsass-Lothringen, betonte jedoch, daß die Volksabstimmung in Elsass-Lothringen selbst sich gegen ein Plebiszit wenden werde (?) Elsass-Lothringen halte die Frage bereits für entschieden, wie der Beschluß der elfässischen Gewerkschaften beweise, die am 14. Januar den Anschluß an die französischen Gewerkschaften beschlossen hätten, ohne den allgemeinen Frieden abzuwarten. Um jeden Konfliktstoff aus der Welt zu schaffen, wünschte er, daß der Kongress selbst erkläre, die jetzt bewiesene Haltung der elfässischen Bevölkerung sei bereits das Plebiszit im Sinne einer Wiederzutmachung des Unrechtes von 1871.

Rathal Shannon (Irland) verlangt die Lösung der irischen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts.

Müller (Deutschland) erklärte gegenüber dem Vorwurf, daß die deutschen Kolonien immer schlecht verwaltet wurden, daß die deutsche Sozialdemokratie immer gegen die Mißstände in der Verwaltung der Kolonien und besonders auch gegen die schlechte Behandlung der Eingeborenen protestiert habe. Jetzt, da das alte Regime gestürzt ist, muß die deutsche Republik die Kolonien zurück erhalten, damit sie wirtschaftlich erstarken kann.

Am Schluß erklärte Müller (Frankreich), daß niemand auf dem Kongress das völlige Verschwinden der Türkei verlange, und daß auch die englischen Genossen die Türken in ihrem Bestreben nach Unabhängigkeit unterstützen. Sie unterstützen auch die Selbstverwaltungsbestrebungen in Indien und Ägypten. Somit habe niemand Grund, zur Klage. Die Volksabstimmung werde auch in allen Ländern der ehemaligen Habsburgischen Monarchie stattfinden müssen.

In der Nachmittags Sitzung bringt im Auftrage der Kommission Henderson eine Resolution über internationale Arbeiterkategoriefragen ein, in der es an den wichtigsten Stellen heißt, daß die kapitalistische Klasse durch Ausbeutung der Lohnarbeiter ihr Einkommen erhöhe und die Kraft der Arbeiter damit schwäche. Dieses Streben des Kapitalismus könne nur durch Aufhebung der kapitalistischen Produktion verhindert werden. Zudem müsse ein Ausgleich der Unterschiede des nationalen Arbeiterlohnes durch ein internationales Gesetz gegeben werden. Der internationale Sozialistenkongress verlanget, daß die Gesamtheit der Nationen die Schaffung und Durchführung eines internationalen Arbeiterlohnes zu ihrer Aufgabe macht. Der Kongress fordert u. a.:

1. Kindern unter 15 Jahren ist jede Erwerbstätigkeit zu verbieten.
2. Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren dürfen nicht länger als 6 Stunden beschäftigt werden.
3. Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen darf am Sonnabend 4 Stunden nicht überschreiten. Beschäftigung von Arbeiterinnen während der Nacht ist verboten. Einführung der Mutterkürpfversicherung ist mit einer Mindestentschädigung in Höhe des gesetzlichen Krankengeldes in allen Staaten zur Pflicht zu machen. Für gleiche Arbeitszeit ist Frauen der gleiche Lohn wie Männern zu zahlen.
4. Die Arbeitszeit darf für Arbeiter 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Nacharbeit muß bis 6 Uhr abends und 6 Uhr früh ist gesetzlich verboten für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf Nacharbeit angewiesen sind. Der freie Sonnabendnachmittag ist in allen Ländern anzustreben.
5. Den Arbeitern ist generell wöchentlich eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 36 Stunden zu gewährleisten.
6. Zum Schutz der Gesundheit und zur Verhütung von Unfällen ist die Arbeitsdauer in gesundheitsgefährlichen Betrieben je nach dem Grade der Gefahr auf weniger als 8 Stunden festzusetzen.
7. Alle Gesetze und Regelungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sind sinngemäß auf die Heimarbeitindustrie anzuwenden. Den Arbeitern ist in allen Ländern ein freies Koalitionsrecht zu gewähren.
8. Gesetze und Verordnungen (Gesundeordnung, Koalitionsverbot), welche einzelne Arbeitergruppen in eine Ausnahmestellung gegenüber anderen bringen, oder ihnen das Recht der Koalition und die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen usw. und das Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorenthalten, sind unzulässig und zu beseitigen.
9. Es ist eine Verordnung gegen Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Arbeiter sind von Staats wegen gegen Berufsunsicherheit zu versichern. Der Erlaß von Auswanderungsverboten ist unzulässig, der Erlaß genereller Einwanderungsverbote ebenso.

### Aus der Berner Konferenz.

#### Kriegsgefangenenfrage. — Die Lage Rußlands. — Diktatur und Demokratie.

Die Aussprache über die Kriegsgefangenenfrage wurde in ihrer Nachsitzung des Internationalen Sozialistenkongresses fortgesetzt und endete mit Annahme einer Entschließung auf Heimbeurteilung aller Kriegsgefangenen.

Esner und Renaudel verzichteten auf ihre Entschließung.

Die russischen Sozialisten haben vorgeschlagen, eine Sonderkommission aller sozialistischen Parteien zur Prüfung der politischen und wirtschaftlichen Lage Rußlands zu entsenden. Ueber die Zusammenstellung dieser Kommission soll die Konferenz selbst entscheiden.

Ueber Diktatur und Demokratie berichtete Branting und legte namens des Ausschusses eine Entschließung vor, in der es u. a. heißt: Die Konferenz begrüßt die gewaltigen

### Aus der Berner Konferenz.

#### Kriegsgefangenenfrage. — Die Lage Rußlands. — Diktatur und Demokratie.

Umwälzungen in Rußland, Deutschland und Oesterreich und fordert die Arbeiter aller Länder auf, demokratisch-revolutionäre Einrichtungen anzustreben, in deren Rahmen sich die politischen Umwälzungen vollziehen sollen. Die Konferenz steht nach wie vor auf dem Boden der Demokratie, auf dem die Freiheit in Rede und Schrift, auf dem gleichen allgemeinen Wahlrecht und der Koalitionsfreiheit beruht. Die Sozialisierung muß planmäßig erfolgen. Die willkürliche Uebernahme einzelner Betriebe durch kleine Gruppen von Arbeitern ist nicht als Sozialisierung anzusehen. Die sozialistische Entwicklung ist nur dann durchführbar, wenn sie von vornherein die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Jeder Versuch zur Diktatur eines kleinen Teiles des Proletariats ist der sozialistischen Entwicklung gefährlich.

Umwälzungen in Rußland, Deutschland und Oesterreich und fordert die Arbeiter aller Länder auf, demokratisch-revolutionäre Einrichtungen anzustreben, in deren Rahmen sich die politischen Umwälzungen vollziehen sollen. Die Konferenz steht nach wie vor auf dem Boden der Demokratie, auf dem die Freiheit in Rede und Schrift, auf dem gleichen allgemeinen Wahlrecht und der Koalitionsfreiheit beruht. Die Sozialisierung muß planmäßig erfolgen. Die willkürliche Uebernahme einzelner Betriebe durch kleine Gruppen von Arbeitern ist nicht als Sozialisierung anzusehen. Die sozialistische Entwicklung ist nur dann durchführbar, wenn sie von vornherein die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Jeder Versuch zur Diktatur eines kleinen Teiles des Proletariats ist der sozialistischen Entwicklung gefährlich.

## Politische Rundschau.

### Deutschland

#### Der Partikularismus auf der Nationalversammlung.

Das alte Erbteil der Deutschen, das uns noch nie zu einer vollkommenen staatlichen Einigung kommen ließ, macht sich auch auf der Nationalversammlung, trotz ihres versöhnlichen Anfangs schon wieder hemmend bemerkbar. Bei den Beratungen der endgültigen Verfassung im Staaten-Ausschuß haben die Vertreter des staatlichen Partikularismus über die Anhänger einer Neueinteilung des Reiches nach Staatsgenossenschaften einen Sieg davongetragen. Der § 11, der namentlich auch in der Wahlordnung eine große Rolle spielte, weil er angeblich die Zerstückelung Preußens beschränkt, ist gestrichen worden.

#### Rein Staatsbankrott.

Mit der üblichen Fügigkeit haben die bürgerlichen Blätter aus einer vertraulichen Sitzung des Staatshauses Neuheiten gegeben, die den Tatsachen nicht entsprechen. Finanzminister Dr. Südekum soll von einem bevorstehenden Staatsbankrott gesprochen haben. Südekum stellt nun diese Verdrehung richtig und sagt: Im Zusammenhang mit der Erörterung über die formale Ausgestaltung der Steuerveranlagung in der Zukunft habe ich den Ausdruck gebraucht, daß die Steuerpflichtigen mit derselben gewissenhaftigkeit wie ein insolvent gewordener Kaufmann, also ein Bankrott, den Stand ihres Vermögens und ihres Einkommens den Behörden darzulegen hätten, damit auf Grund ganz einwandfreier Angaben eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Lasten im ganzen Reiche vorgenommen werden könne. Aus dieser Aeußerung mit den anderen Bemerkungen, die sich auf die schwierige Lage der Reichs- und Staatsfinanzen bezogen, ist unabsichtlich oder böswillig gemacht worden, ich hätte einen Staats- oder Reichsbankrott angekündigt. Dazu lag kein Anlaß vor.

#### Neue polnische Forderungen.

Die polnische Delegation hat ein neues Ersuchen an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet. Danach soll bei der Erneuerung des Waffenstillstandes es den Deutschen auf das Entschiedenste verboten werden, militärische Operationen gegen die Polen in der Provinz Posen zu unternehmen, die Polen in dieser Provinz zu verfolgen oder zu belästigen, bis die Friedenskonferenz über diese Gebiete entschieden habe. Weiter soll Deutschland gezwungen werden, den Polen die Erlaubnis zu geben, die Eisenbahn von Danzig nach Warschau für den Transport von Truppen und Munition zu benutzen, damit die Truppen des Generals Haller ohne Schwierigkeiten zu den Polen geschickt werden können.

#### Landesversammlung in Braunschweig.

Zum Präsidenten der am Montag eröffneten Braunschweiger Landesversammlung wurde Rechtsanwalt Dr. Jasper (Soz.) gewählt. Präsident Dr. Jasper erklärte in seiner Ansprache, daß die Landesversammlung sich völlig auf den Boden der Reichsbeschlüsse stelle. Er betonte, daß man Sonderbestrebungen vermeiden und als Glieder des großen Vaterlandes wirken müsse. Ein Antrag ist eingegangen, die Regierung wolle sich jeder Förderung des Planes zur Gründung der nordwestdeutschen Bundesrepublik enthalten und vielmehr dafür sorgen, daß die Republik Braunschweig im Rahmen des größeren Niedersachsens aufgehe.

In der gestrigen Sitzung der Landesversammlung wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen ein Antrag angenommen, der von der Landesregierung fordert, die Bildung eines nordwestdeutschen Freistaates nicht mehr zu fördern, vielmehr in Verbindung mit einem freien Ausschuß des Landtages die Bildung eines Freistaates Niedersachsen anzubahnen, der mindestens noch ganz Hannover umfassen soll. Reichsgesetzliche Bestimmungen sollen dabei beachtet werden.

Gleichzeitig mit der Landesversammlung tagen in Braunschweig Konferenzen von Vertretern der U- und S-Räte, die über den Plan einer nordwestdeutschen Republik weiterverhandeln, und zwar unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Aussprache brachte mit wenigen Ausnahmen volles Einverständnis über den Zusammenschluß der westdeutschen Gebiete zu einer einheitlichen Phalanx gegen die Konturrevolution, zu einer Macht für die Durchführung der sozialen Revolution. Der Kongress beschloß, eine Zentralkomitee in Hagen zu errichten und für die Zusammenfassung der U- und S-Räte Westdeutschlands zunächst drei Kommissariate zu errichten, welche insbesondere die Errichtung einer Volkswehr sofort in die Wege zu leiten haben.

#### Sozialdemokratischer Wahlsieg in Koburg.

Bei den Wahlen zur gesetzgebenden Landesversammlung für den Staat Koburg wurden abgegeben für die Liste der Mehrheitssozialisten 20558 Stimmen, für die gemeinsamen Liste des Bürger- und Bauernbundes 14503 Stimmen. Die Zahl der Sitze verteilt sich wie folgt: 7 Mehrheitssozialisten, 3 Demokraten, 1 Deutschnationaler (Bund der Landwirte).

#### Die Deutschen in Windau ermordet.

Die „Freiheitsheere“ Sowjetrußlands, die natürlichen Verbündeten der deutschen Spartakisten, haben unter den Truppen der Republik Deutschland ein gräßliches Blutbad angerichtet. Was wir von jenen asiatischen Horden für unsere Brüder im Osten bei einem bolschewistischen Einfall in Deutschland zu erwarten haben, geht aus dem lakonischen Bericht des Armeekommandos Nord über die Lage im nördlichen Osten mit jüdischer Beteiligung hervor.

Ueber die Lage im Osten wird u. a. gemeldet: A. D. R. Nord. Bei einem erfolgreichen Vorstoß im Windau-Abschnitt wurde Tyrskhele von uns genommen. Nachrichen zufolge soll die deutsche Besatzung von Windau bei der Eroberung der Stadt durch die Bolschewisten restlos niedergemacht und eine Anzahl deutscher Kolonisten in Goldingen erschossen worden sein.

#### Kirchenfritten in Bommern.

Das Grimmer Kreis- und Wochenblatt, amtliches Organ des Kreises Grimmen, vom 4. Januar, veröffentlicht einen kirchlichen Bericht, worin es heißt:

Kirchlich getraut wurden 18 Paare, unter diesen befanden sich 5 Männer und 3 Frauen, welche zum zweiten Male getraut wurden. 12 Bräute trugen den jungfräulichen Ehrenschild, 2 von denselben mit Unrecht.

Wir wissen nicht, welche Mittel die Geistlichkeit von Grimmen an der Hand hat, um festzustellen, ob eine Braut den jungfräulichen Ehrenschild mit Recht trägt oder mit Unrecht. Aber das wissen wir ganz bestimmt, daß solche Schamlosigkeit nicht in amtliche Blätter gehören.

### England.

Die Streikbewegung hat nunmehr die wichtigsten Industriezentren lahmgelegt und der Verkehr in London selbst völlig unterbrochen. Seit Sonntag streiken sämtliche Straßenbahn- und Untergrundbahn-Angestellten Londons, ebenso die Kellerer und Elektriker. Die großen Streiks im Einzugsgebiet und in Belfast dauern an. Man zählt etwa 500 000 Arbeitslose in England. — In London fanden in den letzten Tagen Soldatenkrawalle statt, an denen sich etwa 10 000 Urtaxer und Soldaten, die sich wegen ihrer Entlassung in London aufhielten, teilnahmen. Die Soldaten konnten wegen des Ausstandes der Arbeiter der Untergrundbahn nicht weitertransportiert werden. — Außer den drei großen Streiks in Belfast, am Clyde und an der Themse hat es in den letzten Tagen schwere Streitigkeiten in den Grubenbezirken in Schottland, Yorkshire und dem Midlands gegeben und kleinere Arbeitsseinstellungen gab es in Menge. — Der kritische Tag wird der 12. Februar sein. An diesem Tage muß die Antwort der Regierung an den Bergarbeiterverband erfolgen, der den Sechslundentag und 30 v. H. Lohnhöhung gefordert hat. Von diesem Beschluß der Regierung haben viele andere Arbeiterverbände, die bisher noch abwarten, ihre Stellung abhängig gemacht.

#### Kleine politische Mitteilungen.

Bei einer Massenrazzia in Erfurt wurden neben einer großen Menge von Armeegewehren und Karabinern nicht weniger als 112 Maschinengewehre gefunden.

Die gesamte belgische Presse enthält die offenbar offizielle Notiz, daß belgischerseits eine Entschädigung von 10 Milliarden von Deutschland verlangt werde.

In Weimar ist eine amerikanische Lebensmittelkommission anwesend, die mit der Regierung verhandelt.

Das Generalkommando des 7. Armeekorps hat den Korps-Soldatenrat in Münster auf, da er in wichtigen, grundsätzlichen Fragen, z. B. die Anwerbung von Freiwilligen und Entlassung des Jahrganges 1899 gegen die Regierung arbeite und die Verhandlungen mit ihm über diese Punkte keine Ergebnisse hatten. Die Wahl des Korps-Soldatenrates ist in die Wege geleitet. Der provisorische Korps-Soldatenrat blieb in Tätigkeit.

### Aus der Partei.

Diskussion über Einigung. In der Berliner „Freiheit“ veröffentlicht Dr. Hilferding einen Artikel über die Einigung, in dem er deutlich erkennen läßt, daß die Parteipalastung daran schuld ist, daß die Nationalversammlung keine sozialistische Mehrheit aufzuweisen hat. Er deutet dabei an, daß in Oesterreich und Frankreich es trotz der Meinungsverschiedenheiten nicht zur Spaltung gekommen ist, sondern die inner: Entwicklung in der Partei dahin geführt hat, daß die Linke die Führung übernehmen konnte. Er stellt dann ein Aktionsprogramm auf, welches die Grundlagen der Einigungsbewegung sein könnte, und das im großen und ganzen folgendes enthält: Schnelligste Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige, vor allem des Bergbaues; Ermächtigung der Gemeinden durch Gesetz zur Kommunalisierung oder Vergesellschaftung der dazu geeigneten Industrien; Beibehaltung der Betriebs-Arbeiterräte als Träger der sozialpolitischen Aufgaben als Kontrollinstanzen für die Betriebsführung und als Hilfsorgane für die Sozialisierung. Die Partei tritt ein für uneingeschränkte politische Demokratie, für volle Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Sie verwirft alle gewalttätige Auftakt und hält Gewalt nur zur Abwehr von Gewalt erlaubt. Eine demokratisch gewählte Volksvertretung ist die Trägerin der obersten politischen Gewalt. Die bürokratische Verwaltung ist schleunigst durch die Selbstverwaltung zu ersetzen, die stehende Armee restlos zu beseitigen, die völlige Demobilisierung unermüßlich durchzuführen und die vom Rätekonferenz einstimmig angenommenen Soldatenforderungen sofort zu verwirklichen. Das Rätekonferenz soll in der Verfassung mit keinen Befugnissen festgelegt werden. Alljährlich soll der Rätekonferenz zusammenzutreten und den Zentralrat wählen, der das Recht hat, die Vorlagen an die Nationalversammlung vor ihrer Einbringung zu prüfen, selbständige Gesetzentwürfe an die Nationalversammlung einzubringen, bei Ablehnung dieser Gesetzentwürfe eine Volksabstimmung herbeizuführen zu lassen und gegen Beschlüsse der Nationalversammlung ein ausschießbares Einspruchsrecht des Zentralrates, wobei in einem solchen Falle die Volksabstimmung zu entscheiden hat. — Zu diesen Vorschlägen nimmt der „Vorwärts“ Stellung. Er meint, daß auch durch Verwirklichung der Hilferding'schen Vorschläge die Einigung der Arbeiterklasse nicht herbeigeführt werden würde, weil ja außer Spartakus auch ein großer Teil der Unabhängigen die Parole ausgegeben: Alle Macht den Räten! Diese Parole aber mit der Demokratie unvereinbar ist. Außerdem könne man zwei grundsätzliche widerstrebende Systeme nicht dadurch ausgleichen, daß man sie äußerlich miteinander verbindet. Die Arbeiterklasse werde ihre Einigkeit in dem Moment wiederfinden, in dem sie zu der Einsicht zurückkehrt, die sie 50 Jahre lang zusammenhielt, daß die Demokratie die sittliche Grundlage ihres Kampfes ist.

### Aus Nah und Fern.

Forderungen von Angestellten. Die allgemeine Versammlung der Privatbeamten und Privatangestellten in Kassel fordert die siebenstündige Arbeitsdauer, die völlige Sonntagsruhe, sechsmonatliches Krankengeld und ein Mindestlohn von 300 Mark für männliche und 225 Mark für weibliche Angestellte.

Ein Transportdampfer verbrannt. Im Kriegshafen von Lovent ist der große Dampfer „Chile“ in Brand geraten und vollkommen zerstört worden. Der Dampfer hatte nach Saloniki bestimmte Vorräte und Munition im Werte von vier Millionen Francs geladen, die ein Opfer der Flammen geworden sind.

Opfer der Arbeit. Auf dem Wagräu-Schacht der schlesischen Kohlen- und Kokswerke erfolgte eine Kesselerplosion, der acht Menschenleben zum Opfer fielen. Fünf der Getöteten sind verheiratet.

# Die Meggendorfer Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

Vierteljährl. 13 Nrn. nur Mk. 4.—, bei direkt. Zusendg. wöchentl. vom Verlag Mk. 4.50, durch ein Postamt Mk. 4.20.

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur Mark 1.20 kostet. Gegen weitere 20 Pfennig für Porto auch direkt vom Verlag, München, Perusastrasse 5 zu beziehen.

## Ausgabe von Speisewarten.

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamts betreffend die Ausgabe von Speisewarten vom 31. Januar 1917 wird hiermit folgendes angeordnet:

Die Ausgabe der Speisewarten für die Zeit vom 17. Februar bis zum 16. März 1919 erfolgt von Donnerstag, den 13. Februar 1919 ab von morgens 9 Uhr bis 1 Uhr und nachmittags 3 Uhr bis 6 Uhr in der Küche, Empfang vom Markt (Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelkarten).

Für die Zeit bis zum 16. März 1919 werden im Geschäftsfalle 4 bis zu 16 Marken, deren Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist, ausgeben.

Zur Erlangung je eines Heftes sind abzugeben:

1. einer der für Februar für Wählberechtigten gültigen Abchnitte 51 bis 54 der Karteiferte.
2. einer der zum Beginn von Jeder der Februar gültigen Abchnitte 50 bis 54 der Karteiferte.
3. drei Karteiferte der Abchnitte 12, 13 der Karteiferte, 20, 21 der Karteiferte, welche auf diese Abchnitte bereits besessen haben erhalten gegen Abgabe von 3 Pfund zur monatlichen Wartung gedruckter Karteiferte für jedes Speisewartenheft einen Umfango des Tagespreises in der Stadtküche, Rathausstraße 18, I, einem entsprechenden Betrage.

Die Ausgabe von Speisewarten für auswärtig wohnhafte Personen, welche hier in feiner Arbeit stehen, erfolgt nur in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schulstraße 18, II.

Lübeck, den 11. Februar 1919. (912)

## Das Landesverorgungsamt.

## Verkaufmachung.

An der Zeit vom 12. bis 18. Februar 1919 können auf den Abchnitt 116 der Warenliste der Lebensmittelartenliste und der Lebensmittelarten, sowie auf den Warenartenabchnitt des Speisewartenheftes für Wählberechtigten

### 125 Gramm Weichkäse

zum Preise von Mark 3.10 für das Pfund

in nachstehend aufgeführten Geschäften vorbestellt und entnommen werden.

Die Abbesteller haben die abgenommenen Abchnitte bis zum 20. d. M. ausgefüllt unter Angabe des No. 5 Standes an der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schulstraße 18, II, abzugeben.

Lübeck, den 11. Februar 1919.

## Das Landesverorgungsamt.

### Verkaufstellen:

Baake, Otto, Breite Straße 70	Mackenhäuser Nohl., Wiesenstraße 18
Baasch, H., Schulstraße 11	Mollenhauer, H., Gumb. K. Potler, Schulstraße 23
Benecke, Ludwig, Rappenbergstraße 25a	Müll, Conrad, Sanderstraße 88
Bergwardt, J., Kronst. Straße 20	Ort, G., Sanderstraße 89
Bittmann, H., Rappenbergstraße 51	Pöhl, M., Sanderstraße 1
Döhrmann Nachf., Gumb. K.	Reiserich, J., Sanderstraße 47a
Günzow, von Markt 5	Reinhold, H., Sanderstraße 9
Erdmann, Ludwig, Rappenbergstraße 7	Reinhold, H., Sanderstraße 19
Haymann, Gert., Sanderstraße 11	Sanderstraße 11
Heuer, F., Sanderstraße 11a	Scherberg nachf., (L. Richter), Sanderstraße 11
Hinz, Karl, Große Straße 33	Schroter, Carl, Sanderstraße 14
Juchaczewski, Franz, Gumb. K. 53	Sturm Schön., Th., Sanderstraße 54
Küster, E., Sanderstraße 11a	Trostow, Paul, Sanderstraße 21
Körner, Reinhold, Sanderstraße 11a	Ullrich, A. L. W., Sanderstraße 11
Krapp, Frau E., Sanderstraße 5	Vorrich, H., Sanderstraße 13
Krusch, H., Sanderstraße 18	Webber, Hans, Sanderstraße 19
Friedrich, S., Sanderstraße 11	Wiedmann, A., Sanderstraße 11
Ewers, H., Sanderstraße 11	Wiedmann, G., Sanderstraße 11
Jahn, F., Sanderstraße 11	Wille, Karl, Sanderstraße 11
Hochholzer, (Königsplatz) Sanderstraße 11	Zanmel, F., Sanderstraße 11
Hinz, Julius, Sanderstraße 11	Zargmann, Carl, Sanderstraße 11
Hiermann, Witz, Sanderstraße 11	Siecke, J. W., Sanderstraße 11

In die rechtzeitige Einreichung der Steuererklärungen erinnert

Die Steuerbehörde.

## Umsatzsteuer.

Die nachstehenden Erklärungen über den Geschäftsbetrieb der Handelshandlungen für den Zeitraum im Monat Januar d. J. sind dem unterzeichneten Amt für den Monat des Monats Februar d. J. schriftlich einzureichen oder mündlich abzugeben. Nachträglich können im März, Nummer Nr. 7, Einkommen abgemeldet werden.

Die Abgabe der Erklärung kann durch Bevollmächtigte vorgenommen werden.

Lübeck, den 8. Februar 1919.

Das Umsatzsteueramt.

## Landverpachtung.

Die früheren Oldenburgischen und Münstchen Ländereien in Israelsdorf sollen teils in größeren Parzellen, teils als Kleingärten verpachtet werden.

Pachtliebhaber wollen sich Fleischhauerstr. 18, Zimmer Nr. 7, melden.

Komitee- und Kommissionsitzungen

Jugendausflug. In nächster Zeit am 7. März im Jurendheim.

Stadt Karten. Hans Martens, Hanna Martens, geb. Hämöller, Vermählte. Für erwiesene Geschenke und Glückwünsche danken herzlichst.

Heute Mittags entliche Janit nach langem ärztlicher Krankenlager unser lieber Sohn, Bruder und Enkel Bernhard Mäde im seinem 19. Lebensjahre in tiefem Schmerz. Cari Mäde u. Frau, nebst Geschwistern und alle Angehörigen. Beerdigung Montag, Beginn der Trauerfeier 2 1/2 Uhr in der Kapelle des Friedhofes.

Sonntag früh 5 Uhr entliche Janit unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater Friedrich Wilhelm Tietz im 62. Lebensjahre auf tiefem betruert und schmerzhaft vernicht von den Hinterbliebenen.

Lübeck, den 11. Febr. 1919. Die Beisetzung findet Freitag 9 1/2 Uhr von der Kapelle des Burgtor-Friedhofes aus statt.

Nach langem ärztlicher Krankenlager entliche heute morgen 5 1/4 Uhr unser lieber Sohn und Bruder Paul Menschel nach eben vollendetem 18. Lebensjahre. Auf tiefe Betruert von allen Angehörigen. Lübeck, d. 11. Febr. 1919. Hinterbliebenen: Wilh. Menschel u. Familie. Die Beisetzung findet am Montag, 17. Februar, 9 1/2 Uhr von der Kapelle des Burgtor-Friedhofes aus statt.

ein Junge von 10-12 Jahren, der Lust hat mit einem Hund zu spielen.

Gesucht ein 2-Zimmer-Wohnung mit Küche, Angebote unter G. Sch. an die Gr. d. St. 9136

Um lediger Handwerker auch ein 2-Zimmer-Wohnung am 1. April. Angebote unter G. D. H. an die Gr. d. St. 9134

Einige Frage, die Ziege zu verkaufen. Westal, Groter Sandweg.

4 junge Hunde zu verkaufen. Ena. Koffe (9137) Etwa 18. Sie legt in ca. 6 Tage ein gewöhnliches Spritzen mit vier Spritzen. (Gegengift). 9144

In der Straßenbahnwärterhalle am Bahnhof ist gestern Abend ein Feldfessel mit Löffel stehen gelassen. Der Dieb ist gesichert O. Eichholz 1905 Bitte abg. Rottmistr. 20 III. (9136)

## Konsumverein für Lübeck und Umgegend.

Wir bitten unsere werten Mitglieder, die von ihnen bestellten

## Stedrüben

nimmehr ummachend in unseren Warenabbestellen abzuholen, andernfalls wir uns genötigt sehen, sie anderweitig zu verkaufen. (9142)

Der Vorstand.

Die Kranen aus Privat- und Kassen-Praxis werden dringend gebeten, zu ihren früheren, jetzt aus dem Felde heimgekommenen Meisten zurückzuführen.

## 100 Hl. Lebkuchen

wer mit m. braunen furchigen Laubhund Fell mit neuem Halsband und Steuerm A 132 auf Sonntag früh 9 Uhr Minestr ael., zurückbring oder nachweis so er sich aufhält. (914)

Ed. Stein, Fleischhauerstr. 49.

## Heute: Kote Speisewurzen

mpriest: Wilh. Süke, Wandersdr 37. (9145)

Grüße mein Schnurten-Repertoire- und -Magelheit und empfehle mich zu allen vornehmenden Arbeiten. (9128)

Adolf Kahler, Schuhmacher, Margaretenstr. 15.

Statt Briketts u. Kohle halte vorrätig prima trockenes Brennholz im Längen von 20 cm per Zentner 3.00 Mt., dieselbe groß gepolt, fertig zum Hof. Gebrauch v. Str. 6.50 Mt. ab Lager Gürtelstr. 11. Max Boye. (9116)

## Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Ortsgruppe Lübeck. Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, 13. Febr., abds. 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannissir. 53-52

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Keding, Schwerin.
2. Wahl zur Bezirkskommission. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

## Vergnügungshaus Erholung Israelsdorf.

Halsmann. Morgen, Donnerstag, 13. Febr. W. Preis Kavalier-Kränzchen. Anfang 7 Uhr. Bahnverbindung bis Schluß. (9134) Sonntags: Hist. Kappenfest.

## Kaffeehaus Israelsdorf.

(vorm. Wendt.) Morgen Donnerstag: Großer Kavalier-Ball moderne Ballbesetzung (von Mitgliedern des Regiments Lübeck) Anfang 7 Uhr. (9135) Straßenbahnverbindung bis Schluß.

## Adlershorst.

Jeden Sonntag und Donnerstag: TANZ. (9121)

## Zeitungstrendwörter und politische Schlagwörter

50 Pfennig. Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannissstraße 46.

## Blockwagen

in allen Größen, bis 8 Str. Tragkraft. (9138) G. Bliesath Ww., Sandstr. 9.

Extra starke Blockwagenräder wider vorrätig. C. Bliesath Ww. (9137)



## Siegfried der wasserdichte Holzschuh

B.R.G.M. 620318 u. 673209. Ist der Schuh der Zukunft. Verbraucherspreis je nach Größe M 6,10 bis M 8,20 pro Paar sofort lieferbar. Wiederverkäufer bestellen am besten gegen Nachnahme des Beauftragten mit Kassa. Julius Brocks, Danischburg b. Lübeck, Bahnhofstr. 2.

## Preis-Skat

am Sonnabend, 15. Februar abends 7 1/2 Uhr bei Gustav Ehlers, Huxstraße 110. (914)

## Restaurant Schlesierheim

Schmiedestrasse 3. G. Lachmann: Gemüthlicher Aufenthalt f. Skatspieler. (9116)

## Verband der Staats-Gemeindearbeiter

Ortsverwaltung Lübeck.

## Versammlung

Mittw. am 13. Febr. 7 Uhr abends im „Gewerkschaftshaus“ Johannissstraße 50-52. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden. Der Vorstand. (912)

## Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck.

## Versammlung

der Gewerkschaftler, Bauarbeiter, Energiearbeiter und Feuerarbeiter am Donnerstag, 13. Februar abends 7 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannissstraße 50-52. Tagesordnung:

1. Wahl.
2. Äußerer Sectionsangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung. (9146)

## Arbeiter-Radfahrer-Verband Kiecknitz.

Sonnabend, den 15. Februar: Maskenball verbunden mit Kappenfest im Lokale d. Herrn Dieckmann. Totalabgabe 6 Uhr. Auf 7 Uhr Garderoben und Kappen und im Lokal zu haben. (9112)

## Hansa-Theater.

Mittwoch, abends 7 Uhr Die Czardasfürstin. Operette von Emeric Kálmán. Donnerstag: Schwarzwaldbüchel. Malwine: Trade Steinnagen als Gast. Freitag: 9.24 Das Dreimäderlhaus.

## Stadttheater Lübeck.

Spielzeit 1918/19. (9139)

Mittwoch, den 12. Februar Die Zauberflöte. Oper in 2 Akten von Mozart. 17. Vorstellung im Mittwochs-Abonnement. Donnerstag, den 13. Februar für die Schauspielgemeinde. Rote Karten. Demetrius. Freitag, den 14. Februar: Alessandro Stradella. Sonnabend, den 15. Februar: Die Fledermaus.